



# HESSISCHER LANDTAG

04. 05. 2017

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschieden bekämpfen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Rechtsextremismus und Rassismus lehnt der Landtag entschieden ab. Rechtsextreme Gewalt hat in Hessen keinen Platz. Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder ihrer sexuellen Identität nimmt der Landtag nicht hin. Ihr ist auf allen staatlichen Ebenen zu begegnen. Der Landtag ist daher bestrebt, Rechtsextremismus im Schulterschluss aller Demokraten zu bekämpfen und Zusammenhalt und Gemeinsinn in der Gesellschaft zu stärken. Auch das bereits vielfach vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement ist unerlässlich, um die Werte und Errungenschaften unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verteidigen. Hessen ist ein weltoffenes, von Internationalität und Vielfalt geprägtes Land.
2. Der Landtag missbilligt jedwede Form des Extremismus. Das Erstarken extremistischer Kräfte insgesamt und damit einhergehende Straftaten sind eine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung. Auch bezüglich linksextremistischer Bedrohungen und Gewalttaten, wie sie etwa im Zuge der Blockupy-Proteste 2015 und jüngst rund um den 1. Mai in Hamburg und Berlin vorkamen, zeigt sich der Landtag besorgt. Auch sie dürfen nicht verharmlost und geduldet werden.
3. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung durch das Landesprogramm "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" auch 2017 ein deutliches Zeichen für eine lebendige Demokratie, ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft und gegen extremistische Umtriebe setzt. Die Landesmittel für die Extremismusprävention sind bereits im Jahr 2016 annähernd vervierfacht worden. Insgesamt stellte die Landesregierung im vergangenen Jahr und im laufenden Jahr jeweils über 3,8 Mio. € für die Extremismusprävention und -intervention zur Verfügung. Hinzu kommen Bundesmittel. Durch das Programm werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um eine Radikalisierung und ein Abrutschen vor allem junger Menschen zu extremistischen Einstellungen und Gruppierungen präventiv zu verhindern. Bereits radikalisierten Personen werden Brücken für eine Rückkehr auf den Boden unserer freiheitlich-demokratischen Rechts- und Wertordnung gebaut.
4. Eine Gefahr geht auch in Hessen von sog. Reichsbürgern aus, die aus unterschiedlichen Motiven und Begründungen die Bundesrepublik Deutschland als Staat sowie deren Rechtssystem nicht anerkennen. Unter ihnen finden sich zahlreiche gewaltbereite Rechtsextreme, die zum Teil legal Waffen besitzen. Dass solche Personen überhaupt an Waffen gelangen, muss verhindert werden. Der Landtag begrüßt, dass die Sicherheitsbehörden die zuständigen Behörden vor Ort mit Informationen dabei unterstützen, bestehende waffenrechtliche Erlaubnisse zu widerrufen, und die Landesregierung die Kommunen allgemein im Umgang mit sog. Reichsbürgern unterstützt. Der Landtag unterstützt die Bundesratsinitiative der Landesregierung, um das Waffengesetz so zu ändern, dass Extremisten keine Waffen mehr besitzen dürfen und vor der Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz erfolgen soll.

5. Der Landtag sieht es als Erfolg der Sicherheitsbehörden, dass der unter Verdacht der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat stehende Franco A. festgenommen wurde, bevor es womöglich zu weiteren Taten gekommen wäre. Der Landtag begrüßt, dass die Bundesverteidigungsministerin und die zuständigen Behörden die Umstände des Falles intensiv auch hinsichtlich möglicher fremdenfeindlicher Motive aufklären.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden 4. Mai 2017

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**